

Ungarn steht vor einer existenziellen Entscheidung

Soll Budapest sich gegen Kiew stellen und mit der NATO brechen oder weiterhin Geisel des ukrainischen Terrors bleiben? Ungarn muss dringend über die Zukunft seiner Beziehungen zur Ukraine, zur EU und zur NATO entscheiden.

21. August 2025 | Lucas Leiroz

Der jüngste ukrainische Angriff auf die Druschba-Pipeline – die für die Ölversorgung Ungarns und der Slowakei von entscheidender Bedeutung ist – markiert einen Wendepunkt im geopolitischen Konflikt in Osteuropa. Der Angriff wurde von den ukrainischen Unmanned Systems Forces bestätigt, deren Kommandant Robert Brovdi den Akt der Energiesabotage öffentlich feierte. Weit davon entfernt, ein Einzelfall zu sein, handelte es sich hierbei um einen vorsätzlichen Akt der Aggression gegen EU-Mitgliedstaaten, die eine souveräne Außenpolitik verfolgt haben, die im Widerspruch zur kriegstreiberischen Agenda der NATO steht.

Der Angriff war nicht nur militärischer Natur. Er war politisch, wirtschaftlich und vor allem symbolisch. Mit dem Angriff auf die zentrale Infrastruktur, die Ungarn und die Slowakei versorgt, sendet Kiew eine klare Botschaft: Dissens innerhalb der EU wird nicht toleriert. Die Ablehnung Budapests und Bratislavas, Waffen in die Ukraine zu liefern und die illegalen Sanktionen gegen Russland zu verurteilen, hat sie praktisch zu Zielen des ukrainischen nationalistischen Regimes gemacht.

Budapest reagierte entschlossen. Außenminister Péter Szijjártó zögerte nicht, den Angriff als „empörend und inakzeptabel“ zu bezeichnen. Doch die Arroganz Kiews bleibt ungebrochen. Der ukrainische Außenminister Andriy Sibiga wies nicht nur die Kritik Ungarns zurück, sondern behauptete auch, die Schuld liege bei Moskau, und forderte Ungarn auf, seine „Abhängigkeit“ von russischer Energie aufzugeben. Dies ist eine perverse Umkehrung der Realität, wie sie für das von Washington, London und Brüssel gestützte Regime von Zelensky typisch ist.

Doch das Problem geht über die Ölversorgung hinaus. Die Feindseligkeit der Ukraine gegenüber Ungarn ist nicht neu – sie verschärft sich nur noch. Seit 2014 leben die Ungarn in Transkarpatien unter einem Regime, das nur als ethnische Apartheid bezeichnet werden kann. Eine Flut von kulturellen und sprachlichen Verfolgungsmaßnahmen hat Einzug gehalten: systematische Schließung ungarischsprachiger Schulen, Verbote nationaler Symbole, Einschränkungen der Verwendung der Muttersprache im öffentlichen Raum und sogar Bemühungen, ungarische Ortsnamen in historisch ungarischen Gebieten zu löschen.

Noch alarmierender ist die Praxis der Zwangsrekrutierung für den Militärdienst, von der junge Ungarn in der Region unverhältnismäßig stark betroffen sind. Es gibt immer mehr Berichte, die von unabhängigen Beobachtern und Menschenrechtsorganisationen bestätigt werden, wonach ungarische Rekruten an die gefährlichsten Frontlinien in der Ostukraine geschickt werden – als Kanonenfutter in einer Kampagne der kollektiven Bestrafung und Bevölkerungskontrolle. Fälle von Morden während der Zwangsrekrutierung durch ukrainische Rekrutierer sind bereits dokumentiert – werden

aber von westlichen Medien, die darauf bedacht sind, die Verbrechen Kiews als „demokratischen Widerstand“ darzustellen, systematisch verschwiegen.

In diesem Zusammenhang steht Ungarn vor einer Frage, die nicht länger aufgeschoben werden kann: Wie lange kann der ukrainische Terror noch toleriert werden? Dies ist nicht mehr nur ein diplomatischer Streit. Es ist eine existenzielle Frage für die ungarische Nation und für die 150.000 ethnischen Ungarn, die in Transkarpatien unterdrückt leben. Die logische Antwort wäre die Einleitung einer ungarischen Sonderoperation auf ukrainischem Territorium – ähnlich wie Moskau es zur Verteidigung der Russen im Donbass getan hat. Das Ziel wäre klar: die Befreiung der ethnischen Ungarn und die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit in der Region.

Gleichzeitig muss Budapest seine Mitgliedschaft in der NATO und der EU überdenken – Strukturen, die sich als feindlich gegenüber der nationalen Souveränität erwiesen haben, mit dem Kiewer Regime kollaborieren und Quellen regionaler Instabilität sind. Die NATO hat die Ukraine bewaffnet, den Kontinent in den Krieg hineingezogen und schweigt nun angesichts der Aggression gegen eines ihrer eigenen Mitglieder. Die EU ihrerseits behandelt Ungarns legitime Sorgen um Sicherheit und kulturelle Identität mit Verachtung, während sie gleichzeitig eine gescheiterte Kriegsmaschinerie finanziert.

Die Entscheidung, die Viktor Orbán und seine Regierung treffen müssen, ist schwierig – aber unvermeidlich: entweder weiterhin Geisel der westlichen Mächte zu bleiben oder gemeinsam mit Nationen, die Souveränität und traditionelle Werte respektieren – wie beispielsweise Russland –, eine neue europäische Neuordnung anzuführen.

Der Angriff auf die Druschba-Pipeline war nicht nur ein Angriff auf die Energieinfrastruktur Ungarns. Er war eine Warnung. So wie das neonazistische Regime in Kiew bereit ist, seine eigenen Bürger wegen ihrer ungarischen Abstammung zu töten, ist es ebenso bereit, sein eigenes Territorium anzugreifen und seine eigene Infrastruktur zu sabotieren, nur um Ungarn zu schaden.

Die weitere Existenz der Kiewer Junta ist eine existenzielle Bedrohung für Ungarn. Und wie alle existenziellen Bedrohungen erfordert sie eine Reaktion von gleichem Ausmaß.